

Deutschland braucht den Wechsel:

Bürokratie abbauen, Personalkosten senken, Investitionen fördern – Arbeit schaffen!

1. Wachstum durch weniger Bürokratie

Eine CDU-geführte Bundesregierung wird noch in diesem Jahr unverzüglich eine umfassende Aufgabenanalyse durchführen, um die öffentlichen Haushalte nachhaltig zu entlasten. Dazu gehört auch eine Reform der föderalen Ordnung. Alle Aufgaben und Standards müssen auf ihre Unverzichtbarkeit und auf ihre Zuordnung überprüft werden. Das reduziert investitionshemmende Bürokratie und schafft die Möglichkeit, Personalkosten im öffentlichen Dienst zu verringern.

Durch den verstärkten Einsatz von Modellen des „Public Private Partnership“ (PPP) kann eine Verbesserung der öffentlichen Infrastruktur bei gleichzeitiger Entlastung der öffentlichen Haushalte erfolgen. Dazu ist es notwendig, dass der Staat die notwendigen Schritte zur Erleichterung der Umsetzung von PPP einleitet.

2. Wachstum durch einen flexiblen Arbeitsmarkt und sinkende Arbeitskosten

Eine CDU-geführte Bundesregierung wird den Menschen wieder den Zugang zum ersten Arbeitsmarkt eröffnen. Dies erreichen wir nur durch ein flexibleres Arbeitsrecht, die Senkung der Sozialversicherungsbeiträge durch eine Herauslösung der sog. „versicherungsfremden Leistungen“ und eine damit verbundene Senkung der Arbeitskosten.

Hartz IV hat bislang nicht die Erwartungen erfüllt. Das Hauptziel der Arbeitsmarktreform – die wirkungsvollere Vermittlung von Arbeitslosen in den ersten Arbeitsmarkt – wurde bisher verfehlt, da nur die Verwaltung der Arbeitslosigkeit, nicht aber notwendige Rahmenbedingungen des Arbeitsmarktes verändert wurden.

Die Schaffung von Arbeitsplätzen hat für die CDU höchste Priorität. Arbeitslosigkeit ist für die betroffenen Menschen ein schweres Schicksal. Sie ist eine wesentliche Ursache für die Verschärfung der sozialen Lage für viele Menschen in unserem Land. Darum gilt: Sozial ist, was Arbeitsplätze schafft.

3. Wachstum durch eine neue Steuerpolitik

Eine CDU-geführte Bundesregierung wird das Steuerrecht einfacher, gerechter und transparenter gestalten. Mehreinnahmen werden nicht durch Steuererhöhungen, sondern durch Steuersenkungen generiert, weil damit die Wirtschaft ange-

kurbelt und Wachstum erzeugt wird. Dazu ist es notwendig, Finanzhilfen, Subventionen und Ausnahmetatbestände abzuschaffen.

Die Unternehmensbesteuerung wird so ausgestaltet, dass für die Besteuerung im europäischen Raum eine vergleichbare Bemessensgrundlage entsteht und Standortnachteile vermieden werden.

Die Erbschaftssteuer ist zu reformieren. Ziel ist es, den Betriebsübergang von einer Generation auf die nächste nicht zu behindern.

Im Zusammenhang mit einer Gemeindefinanzreform sind auch die kommunalen Steuern neu zu ordnen, um den Kommunen eine nachhaltige und ausreichende Finanzausstattung zur Erledigung ihrer Aufgaben zur Verfügung zu stellen.

4. Wachstum durch Bildung

Eine CDU-geführte Bundesregierung wird in Zusammenarbeit mit den Ländern eine Reform unseres Bildungswesens erarbeiten, um bei der Unterrichtsversorgung und der Bildungsqualität wieder internationale Standards zu erreichen.

Eine gute Schulbildung ist nicht nur die beste Grundlage für die Persönlichkeitsbildung unserer Kinder, sie ist auch der Schlüssel für den Zugang in den Arbeitsmarkt. Schule soll nicht nur bilden, sondern auch qualifizieren. Die verschiedenen internationalen Vergleichstests zeigen, dass das deutsche Bildungswesen nicht hinreichend auf die Herausforderungen der Zukunft eingestellt ist.

Im Bereich der Hochschulen sind Forschung, Bildung und Lehre auf einem wettbewerbsfähigen internationalen Niveau entscheidende Faktoren für die Ausprägung des Technologiestandorts Deutschland. Eine ideologiefreie Technologiepolitik, moderne Hochschulen und Rahmenbedingungen, die durch die Einführung von Studiengebühren wieder ein zügiges, zielgerichtetes und leistungsorientiertes Studium ermöglichen, sind Aufgabe einer verantwortungsvollen und zukunftsorientierten Politik.

5. Wachstum durch Solidarität

Eine CDU-geführte Bundesregierung wird angesichts der dramatischen gesamtwirtschaftlichen Situation einschneidende Entscheidungen zu treffen haben. Soziale Härten und Einschnitte in Besitzstände müssen solidarisch auf alle Schultern gleichmäßig verteilt werden. Damit müssen alle gesellschaftlichen Gruppen einschließlich der Gewerkschaften in den Reformprozess mit einbezogen werden. Ein „weiter so!“ kann es nicht geben, wenn wir unser Land aus der Krise führen wollen, in die es durch sieben Jahre rot-grüner Bundesregierung geführt wurde.